

17.12.2008 / Titel / Seite 1

## 15000 für soziales Europa

*Daniel Behruzi*

Mehr als 15000 Beschäftigte aus ganz Europa sind nach Gewerkschaftsangaben am Dienstag am Sitz des EU-Parlaments im französischen Strasbourg für ein soziales Europa auf die Straße gegangen. Aus Deutschland waren nach Angaben des DGB, der gemeinsam mit seinen europäischen Schwesterorganisationen und dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) zu der Demonstration aufgerufen hatte, knapp 3000 Menschen angereist. Die Erwartung des EGB von insgesamt 10000 Teilnehmern wurde damit deutlich übertroffen. Im Zentrum der Kritik stand die Änderung der EU-Arbeitszeitrichtlinie, über die das Parlament am heutigen Mittwoch in erster Lesung beraten wird. Demnach sollen wöchentliche Arbeitszeiten von bis zu 65 Stunden für Beschäftigte mit Rufbereitschaft erlaubt sein.

Das EU-Parlament müsse dafür sorgen, daß »wir nicht hinter erreichte Standards in der Arbeitszeitpolitik zurückfallen«, forderte DGB-Vize Ingrid Sehrbrock am Dienstag in Strasbourg. Der Gewerkschaftsbund lehne das Vorhaben ab, die inaktiven Zeiten eines Bereitschaftsdienstes nicht mehr als Arbeitszeit zu werten. Zudem sieht die von den EU-Arbeits- und Sozialministern beschlossene Novelle vor, sogenannte Opt-out-Regelungen für dauerhaft zulässig zu erklären. Damit können die Arbeitszeiten auf 65 Stunden ausgedehnt werden, sofern in anderen Wochen weniger gearbeitet wird. Für Beschäftigungsverhältnisse mit einer Laufzeit von weniger als zehn Wochen - wie bei Saisonarbeit üblich - soll es überhaupt keine Beschränkungen mehr geben. Außerdem soll der Ausgleichszeitraum für die Berechnung der Arbeitszeit von derzeit vier auf zwölf Monate ausgeweitet werden.

Sollte das Parlament diese Regelungen bestätigen, sei dies »der erste Rückschritt, den es jemals in der europäischen Gesetzgebung im Bereich der Sozialpolitik gegeben hat«, heißt es in einer Stellungnahme des EGB. Statt den Schutz der Beschäftigten zu verbessern, mache die EU damit »mehrere Schritte rückwärts und schwächt die Möglichkeiten der Gewerkschaften, im Interesse ihrer Mitglieder Verhandlungen zu führen«.

Der Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte (VDÄÄ) erklärte, es sei zu befürchten, daß in den Kliniken »wieder Verhältnisse einkehren, die bereits überwunden waren«. »Wochenarbeitszeiten von mehr als 48 Stunden sind nachweislich gesundheitsschädlich und sozial unverträglich, und sie verschlechtern die Behandlungsqualität für unsere Patientinnen und Patienten«, so der Verband in einer Mitteilung.

In einem Punkt ist das EU-Parlament den Forderungen der Gewerkschaften bereits gefolgt: bei der Verbesserung der Rechte internationaler Beschäftigtenvertretungen. Sehrbrock dazu: »Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise kommen große Herausforderungen auf die Betriebe und ihre Betriebsräte zu. Dafür sind auf europäischer Ebene gesetzliche Vorschriften für die Information, Konsultation und Mitbestimmung der Arbeitnehmer unerlässlich.« Entsprechende Änderungen wurden vom Parlament am Dienstag abgesegnet, allerdings muß diese Entscheidung noch vom Rat bestätigt werden. Die Mitgliedsländer haben zwei Jahre Zeit, die Vorgaben in nationales Recht umzusetzen.